

Pensionisten unter Druck: Höhere Krankenversicherungsbeiträge ab Juni!

Die FPÖ kritisiert die geplante Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten ab Juni 2025. Augenmerk liegt auf sozialer Gerechtigkeit.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 20. März 2025 trifft eine umstrittene Bestimmung die Pensionisten Österreichs: Die Regierung plant, die Krankenversicherungsbeiträge von derzeit 5,1 auf 6,0 Prozent zu erhöhen. Diese Maßnahme, die ab dem 1. Juni 2025 in Kraft treten soll, wird als Teil eines Sanierungsplans zur Bekämpfung des Budgetdefizits eingeführt. Die Veränderungen führen dazu, dass Pensionistinnen und Pensionisten weniger Nettopension ausgezahlt bekommen, wie **Finanz.at berichtete**.

FPÖ-Seniorensprecherin NAbg. Andrea Schartel kritisierte vehement jene Entscheidung und bezeichnete sie als „soziale Eiskastenpolitik“. Ihr zufolge müssen die Pensionisten, die

während ihres Arbeitslebens Steuern und Versicherungsbeiträge gezahlt haben, nun die finanziellen Folgen der Budgetkrise tragen. Dabei werde die Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben, während andere, die nie in das Sozialversicherungssystem eingezahlt haben, von der Politik begünstigt würden. „Double standards, die inakzeptabel sind!“, stellte Scharrel klar, wie es in einer Mitteilung von **OTS** heißt.

Direkte Auswirkungen der Beitragserhöhung

Durch die neue Regelung wird die durchschnittliche Nettopension von Männern und Frauen spürbar sinken. Während Männer 2.029,32 Euro netto monatlich erhalten werden, bedeutet dies einen Rückgang um 13,04 Euro pro Monat, was einem jährlichen Verlust von 182,56 Euro entspricht. Bei Frauen, die eine durchschnittliche Nettopension von 1.558,98 Euro erwarten können, sind es 12 Euro weniger pro Monat, was einem jährlichen Verlust von 168,14 Euro gleichkommt, wie **Finanz.at** detailliert angibt.

Zusätzlich zu den höheren Krankenversicherungsbeiträgen plant die Regierung auch Maßnahmen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters sowie die Rückkehr zur Aliquotierung von Pensionskonten. Diese Entwicklungen zielen darauf ab, die langfristige finanzielle Stabilität des Pensionssystems zu stärken. Dennoch bleibt die Debatte über die Gerechtigkeit und die Belastung der älteren Generation intensiv und wird von verschiedenen politischen Akteuren scharf kommentiert.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.finanz.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at